



## PRESSEMELDUNG

# ZDK gegen Abwälzung der Folgen des Diesel-Gipfels auf den Handel

**Bonn, 3. August 2017.** Der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) bekräftigt seine Forderung, dass der Aufwand, der dem Handel aus den Zusagen der Hersteller beim Berliner Diesel-Gipfel entsteht, in vollem Umfang vergütet werden muss. Insbesondere, so ein Sprecher, dürften die Partnerbetriebe nicht mit einem Entgelt für das bloße Aufspielen der Software-Updates abgespeist werden, das im Zweifel nur wenige Arbeitswerte umfasse. Auftragsannahme, Vorbereitung des Fahrzeugs und Kontrolle des ordnungsgemäßen Updates seien ebenso zu berücksichtigen wie die akribische Dokumentierung der Auftragserledigung, die analog zu Garantie- und Rückrufarbeiten vom Hersteller verlangt werde. Außerdem erwarte der Kunde, wenn die Arbeiten wegen des voraussichtlich großen Andrangs nicht sofort erledigt werden könnten, die Stellung eines Ersatzfahrzeugs. All dies, so betonte der Sprecher, fließe mit in den Aufwand der Betriebe ein.

Der Handel sei bereit, den Herstellern mit allen Kräften die Einlösung ihrer beim Diesel-Gipfel abgegebenen Versprechen zu ermöglichen. Dafür verlange er aber eine faire Vergütung seines gesamten Aufwands unter Anwendung der externen Stundenverrechnungssätze. Dabei sei auch zu berücksichtigen, dass durch die millionenfache Software-Nachrüstung von Dieselfahrzeugen beträchtliche Teile der Werkstattkapazitäten, die sonst für lohnendere Serviceaufträge genutzt werden könnten, voraussichtlich über viele Monate hinweg in Beschlag genommen würden. Ergänzend wies der Sprecher darauf hin, dass die von den Herstellern ausgelobten finanziellen Anreize für den Umstieg auf moderne, abgasarme Fahrzeuge Teil ihrer Zusagen gegenüber der Politik seien und deshalb nicht – auch nicht teilweise – auf den Handel abgewälzt werden dürften. Auch erwarte der Handel, dass die Hersteller ihn nicht allein ließen mit dem Risiko der Verwertung derjenigen alten Dieselfahrzeuge, deren Hereingabe durch Umstiegsprämien gefördert würde. Gleiches gelte sinngemäß für die Verwertung von Leasingrückläufern, die noch



## Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe Zentralverband

als wertstabile Diesel kalkuliert worden seien und nun nur noch mit zum Teil beträchtlichen Verlusten veräußert werden könnten.

Der Handel stehe loyal an der Seite der Hersteller, so der Sprecher. Die Betriebe hätten die Dieselkrise aber ebenso wenig zu verantworten wie die Autofahrer. Deshalb seien sie auch ebenso wenig wie diese bereit, die Zeche dafür zu bezahlen.

### Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK)

Der ZDK in Bonn und Berlin vertritt die berufsständischen Interessen von 37 740 Kfz-Meisterbetrieben mit rund 455 500 Beschäftigten. Im Jahr 2016 erzielte das Deutsche Kfz-Gewerbe einen Umsatz von rund 172 Milliarden Euro mit dem Verkauf neuer und gebrauchter Fahrzeuge sowie mit Wartung und Service. Die 37 740 Betriebe sind in 236 Innungen und 14 Landesverbänden sowie 36 Fabrikatsverbänden organisiert. Das Kfz-Gewerbe ist mit rund 91 000 Auszubildenden die Nummer 1 bei der Ausbildung im Handwerk. Die seit 1970 bestehenden Kfz-Schiedsstellen sind Musterbeispiele für praktizierten Verbraucherschutz. Sie regeln außergerichtlich Streitfälle von Werkstattkunden und Gebrauchtwagenkäufern mit Kfz-Innungsbetrieben.

Ansprechpartner: Ulrich Köster, ZDK-Pressesprecher, Tel.: 0228/ 91 27 270  
E-Mail: [koester@kfzgewerbe.de](mailto:koester@kfzgewerbe.de); Internet: [www.kfzgewerbe.de](http://www.kfzgewerbe.de)